

Großer, Günter

Article — Digitized Version

Stabilität im Alleingang?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Großer, Günter (1972) : Stabilität im Alleingang?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 52, Iss. 12, pp. 622-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134475>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Günter Großer

Stabilität im Alleingang?

Die erste Reaktion der Politiker auf das Jahresgutachten des Sachverständigenrates ging – im Gegensatz zu den scharfen Auseinandersetzungen über den Erscheinungstermin – kaum über eine Pflichtübung

hinaus. Dies liegt gewiß nicht daran, daß die Aktualität der Aussagen mit dem Wahltag verlorengegangen wäre. Im Gegenteil, wichtiger als der Rückblick auf Sünden der Vergangenheit ist gerade am Beginn einer Legislaturperiode der gesetzliche Auftrag an den Sachverständigenrat, „Fehlentwicklungen und Möglichkeiten zu deren Vermeidung oder deren Beseitigung“ aufzuzeigen.

Auch das Jahresgutachten rückt – wie die Gemeinschaftsdiagnose der Wirtschaftsforschungsinstitute – das Ziel der Preisstabilisierung mehr denn je in den Mittelpunkt der wirtschaftspolitischen Überlegungen. Als herausragender Ansatz wird dabei der Verzicht auf eine expansive Finanzpolitik durch die Beschränkung des Anstiegs der Staatsausgaben und/oder die Erhöhung der Steuerlast behandelt. Gleichzeitig soll die Zunahme des Kreditvolumens stärker reduziert werden als im Rahmen der EWG vereinbart. Da eine außenwirtschaftliche Absicherung dieser internen Stabilisierungspolitik nach Meinung des Sachverständigenrates 1973 noch nicht akut ist, könne die Globalsteuerung den harten Kurs einschlagen, der für eine Verringerung des Preis- und Lohnanstiegs notwendig sei.

Mit seinen Annahmen über die erreichbare Dämpfung der Preisentwicklung distanziert sich der Sachverständigenrat von der These des vom Konjunkturverlauf losgelösten Kosten- und Preisaufliebs. Der Hinweis auf die unverkennbare Reaktion von Unternehmern und Gewerkschaften vor einem Jahr überzeugt allerdings nicht ganz. Damals ging immerhin das Gespenst einer neuen Rezession um. Es ist schwer vorstellbar, daß jetzt bereits eine Strategie der „gedämpften Expansion“ ähnlich wirkungsvoll wäre, wenn sie nicht durch eine eigenständige Einkommenspolitik, etwa im Rahmen eines „Stabilitätspaktes“, ergänzt würde. Das Jahresgutachten sieht gerade

hierfür wenig Chancen, weil die notwendige Vertrauensbasis der Partner gegenwärtig kaum herzustellen sei; das Risiko gehe im Aufschwung vor allem zu Lasten der Arbeitnehmer. Es stellt sich dann aber die Frage, ob die Gewerkschaften ohne preispolitische Gegenversprechungen der Unternehmer wirklich bereit sein werden, einer Beruhigung des Konjunkturklimas in der Lohnpolitik – wie im Gutachten unterstellt – Rechnung zu tragen.

Bei alledem ist von entscheidender Bedeutung, die staatliche Stabilisierungspolitik glaubwürdig zu machen. Wenn dies aber intern auch nur halbwegs gelingt, dann werden sich gewiß außenwirtschaftliche Konsequenzen ergeben, steht doch die D-Mark international stets unter latentem Aufwertungsverdacht. Auch bei ausgeglichener Leistungsbilanz wie zur Zeit würde schon die Erwartung einer Tendenz wieder wachsender Überschüsse die Währungsspekulation animieren. Die Meinung der Sachverständigen, eine außenwirtschaftliche Absicherung sei nicht sogleich akut, erscheint also zumindest als gewagt. Der Spielraum für nationale Stabilisierungspolitik dürfte auch kurzfristig schon geringer als angenommen sein.

Im Gutachten selbst wird auf die Ungewißheit verwiesen, wie weit sich die beschriebenen Zielsetzungen der entwickelten Strategie realisieren ließen. Im Grunde sind jedoch die Sachverständigen zu einem Minimum an Optimismus geradezu verurteilt. Fände er keine Basis mehr, so bliebe ihnen nur die resignierende Rückgabe ihres Auftrags, zu „untersuchen, wie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsgrad und außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wachstum gewährleistet werden können“. An die Stelle der fünf „Weisen“ müßten dann schon fünf „Zauberer“ treten.